

Wim Kok: Festvortrag anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
10. Dezember 2003

Soziale und wirtschaftliche Reformen: Eine europäische Herausforderung

Ich betrachte es als ein außergewöhnliches Privileg und eine große Ehre, daß mir heute von der Westfälischen Wilhelms-Universität die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät verliehen worden ist. Ich möchte allen, die zu dieser Entscheidung beigetragen haben, von Herzen danken. Die Tatsache, daß diese Feier an einer deutschen Universität stattfindet, besitzt für mich einen ganz besonderen Gefühlswert, hat doch über die Jahrzehnte hinweg und bis zum heutigen Tag mein besonderes Interesse immer der Qualität und Intensität der deutsch-niederländischen Beziehungen gegolten. Gemeinsam mit vielen anderen durfte ich während meines gesamten Berufslebens hierzu beitragen: Zunächst als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes *Federatie Nederlandse Vakbeweging* (FNV), dann als Fraktionsvorsitzender der Partij van de Arbeid und schließlich als Finanzminister und als Ministerpräsident der Niederlande. Besonders dankbar bin ich für die Freundschaft, die mir dabei von vielen entgegengebracht wurde, und für die ausgezeichneten politischen und persönlichen Kontakte, die sich hieraus entwickelten.

Ich bin 1938, kurz vor dem Zweiten Weltkrieg, in einem kleinen Dorf in der Nähe von Rotterdam geboren worden. Viele unmittelbare Erinnerungen an den Krieg habe ich nicht, dazu war ich damals noch viel zu jung. Aber der Hunger im Winter 1944/45, die Angst meiner Eltern vor den über uns fliegenden Bombern, die Leere zu Hause, weil mein Vater für längere Zeit untertauchen mußte, und die Armut, auch als der Krieg dann endlich vorüber war, das alles ist mir sehr wohl noch im Gedächtnis geblieben. "Nie wieder Krieg" lautete die Devise vieler Menschen nach 1945, und ich bin in einem Umfeld aufgewachsen und ausgebildet worden, in dem man bald erkannte, daß es nicht nur notwendig war, in den Niederlanden das wieder aufzubauen, was in den Jahren zuvor verwüstet worden war, sondern daß wir zugleich auch an der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa bauen mußten. Zusammenarbeit sollte uns stärker und wehrhafter machen und dazu beitragen, neuen Konflikten oder gar Kriegen vorzubeugen.

Aus dieser Überzeugung ist meine Leidenschaft für Europa und die europäische Integration gewachsen. Unverbrüchlich damit verbunden ist die systematische Arbeit an den deutsch-niederländischen Beziehungen in allen ihren Facetten.

Natürlich konnte ich damals noch nicht erahnen, welchen Verlauf mein Leben einmal nehmen würde. Ebenso wenig konnte ich ahnen, daß ich ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, also im Jahre 1995, als Ministerpräsident der Niederlande die Stadt Münster besuchen würde, um dort - gemeinsam mit dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl - an der offiziellen Indienststellung des Ersten Deutsch-Niederländischen Korps teilzunehmen, eine militärische Zeremonie, die auf beide Regierungschefs großen Eindruck machte und sie bewegte. Dabei war die militärische Zusammenarbeit natürlich nichts Neues. Die Niederlande gehörten in den frühen fünfziger Jahren zu den starken Befürwortern einer NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik, die dann 1955 zustande kam. 1963 folgte das bilaterale Budel-Seedorf-Abkommen, das jahrzehntelang die Grundlage für den Austausch von Ausbildungs- und Truppeneinheiten war. Aber das Deutsch-Niederländische Korps stand und steht aufgrund der tatsächlich vollzogenen Integration qualitativ auf einer anderen Stufe. In den vergangenen Jahren hat sich dieses Korps zu einer

festen und - nach ihrem Afghanistan-Einsatz in diesem Jahr - zu einer auch international anerkannten Größe entwickelt, worüber man sich in den Niederlanden und in der Bundesrepublik nur freuen kann.

Das besondere Ereignis in Münster im Jahre 1995 stand nicht alleine da: Viel Bedeutsames war ihm vorangegangen, und viele positive Entwicklungen würden folgen. Nach 1945 wurden allmählich wieder Kontakte geknüpft, zunächst allerdings entlang der damaligen politischen und gesellschaftlichen Trennlinien. Protestanten und Katholiken beiderseits der Grenze stellten in den Nachkriegsjahren ihre Kontakte wieder her, niederländische und deutsche Sozialdemokraten nahmen den Gesprächsfaden wieder auf, und das galt auch für die Gewerkschaftler in beiden Ländern. Nicht zuletzt waren es die Vertreter von Handel und Industrie, die gemeinsame Interessen verfolgten und die Wiederherstellung der Beziehungen vorantrieben. Bereits Anfang der fünfziger Jahre war die Bundesrepublik wieder unser wichtigster Handelspartner. Auch in der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit zogen die Niederlande und die Bundesrepublik zumeist an einem Strang, und so entwickelte sich ab den fünfziger Jahren, sowohl bilateral als auch in den euro-atlantischen Gemeinschaften, eine intensive politische und wirtschaftliche Partnerschaft.

Gleichzeitig blieb das Verhältnis in politisch-psychologischer Hinsicht gespannt und galten die deutsch-niederländischen Beziehungen lange Zeit als schwierig und durch die Vergangenheit belastet. Viele Niederländer fühlten sich mehr mit der angelsächsischen Welt verbunden, standen eher mit dem Rücken zum Kontinent und hegten ambivalente Gefühle gegenüber Deutschland und den Deutschen. Manchmal kam es in den deutsch-niederländischen Beziehungen auch zu handfesten Spannungen und emotionalen Ausbrüchen.

Immer mehr wurde jedoch erkannt, daß die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten Früchte trug, die für beide Seiten von Vorteil waren und sind. Auch wuchs die Erkenntnis, daß mehr Wissen und Informationen über den Hintergrund und die Traditionen des jeweils anderen, und nicht zuletzt auch mehr Austausch und Kontakte dazu beitragen können, Vorurteile zu verringern oder sogar aufzuheben. So war die bekannte "Clingendael-Studie" aus dem Jahr 1993, die die Meinung und Vorurteile niederländischer Jungendlicher über unseren Nachbarn im Osten wiedergab, zwar schockierend, aber sie war doch gleichzeitig ein mächtiger Ansporn, die Anstrengungen zu intensivieren.

Während meiner beiden Amtszeiten als Ministerpräsident habe ich versucht, die deutsch-niederländische Zusammenarbeit nicht nur zu vertiefen, sondern sie auch auszuweiten, und zwar über bloße politische Themen, oder Themen, die ausschließlich die beiden Regierungen betreffen, hinaus. Natürlich stehen Den Haag und Berlin (und bis vor einiger Zeit Bonn) als nationale Regierungszentren an erster Stelle. Dennoch war und bleibt es für die Niederlande wichtig, dem föderativen Charakter der Bundesrepublik Rechnung zu tragen. So gibt es beispielsweise seit mittlerweile rund sieben Jahren die Tradition, jedes Jahr den Präsidenten des deutschen Bundesrates zu einem offiziellen Besuch in die Niederlande einzuladen. Dies gibt jedem der Ministerpräsidenten der Bundesländer, die ja reihum diese Funktion bekleiden, die Gelegenheit zu einem Besuch unseres Landes und zu persönlichen Begegnungen mit den Vertretern von Regierung und Gesellschaft. Die Erfahrung zeigt, daß dies von allen Beteiligten sehr geschätzt wird.

Ganz besondere Bindungen bestehen natürlich zu den beiden Ländern, die unmittelbar an die Niederlande grenzen: Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Gerade in den Grenzregionen wird auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie auf behördlicher Ebene eng zusammengearbeitet. Um nur ein Beispiel aus dem Bereich der Wissenschaft zu nennen: In meiner Amtszeit als Ministerpräsident entwickelte der damalige Wissenschaftsminister, Professor Jo Ritzen, gemeinsam mit seinen Kollegen aus Düsseldorf, Hannover und Bremen die sogenannte Grenzlandpolitik, die eine kräftige Intensivierung der universitären Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern zur Folge hatte. Dieser Weg war und ist erfolgreich, denn wie ich hörte, haben sich die heutigen Wissenschaftsministerinnen Nordrhein-Westfalens und der Niederlande vor kurzem hier in Münster getroffen und sich in einer gemeinsamen Münsteraner Erklärung entschieden für eine weitere Verstärkung der wissenschaftlichen Kooperation ausgesprochen und entsprechende Initiativen in diesem Bereich ergriffen.

Auf die Bedeutung der Euregios brauche ich in dieser Stadt nicht hinzuweisen, denn wo wird die europäische Integration stärker erfahren als an Orten, an denen das eine Land etwa aufhört und das andere beginnt? Sie erleben hier in Münster die inzwischen erreichte Intensität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit fast tagtäglich. Das gilt für die Bezirksregierung, für die Stadt und natürlich auch in hohem Maße für die Westfälische Wilhelms-Universität, die alle sehr intensive und fruchtbare Beziehungen zu ihren natürlichen Partnern auf der anderen Seite der Grenze haben.

Das Haus der Niederlande in Ihrer Stadt ist eine einzigartige Einrichtung, die zu Recht Unterstützung aus Den Haag bekam und bekommt. Inzwischen gibt es etwa 1000 Studentinnen und Studenten, die sich im Haus der Niederlande mit der niederländischen Geschichte, Politik, Sprache und Kultur beschäftigen, und darüber hinaus bietet das Haus der Niederlande ein abwechslungsreiches Kulturprogramm, das sich sehen lassen kann. Daß das sogenannte Krameramtshaus, in dem sich das Haus der Niederlande befindet, für die Niederlande auch eine historische Bedeutung hat, darf nicht unerwähnt bleiben. Jeder Niederländer kennt den Westfälischen Frieden (den wir in den Niederlanden den "Frieden von Münster" nennen), die wenigsten wissen jedoch, daß im Krameramtshaus zwischen 1646 und 1648 die Gesandten der niederländischen Generalstaaten residierten, verhandelten und im Januar 1648 den Friedensvertrag mit Spanien unterzeichneten, der die völkerrechtliche Anerkennung der niederländischen Republik mit sich brachte.

Vor diesem vielschichtigen Hintergrund und der Selbstverständlichkeit der guten deutsch-niederländischen Beziehungen in dieser Stadt wundert es auch nicht, daß Ihr Oberbürgermeister Münster einmal die "niederländischste" Stadt Deutschlands genannt hat. Die Ehre, die Ihre Universität mir heute gewährt, bestätigt, meine Damen und Herren, welche Bedeutung auch Ihre Universität den deutsch-niederländischen Beziehungen beimißt.

Noch ein Wort über das Bundesland Nordrhein-Westfalen, das sich im vergangenen Jahrzehnt sehr stark für eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten eingesetzt hat. Im August 2000 drückte der damalige Ministerpräsident Wolfgang Clement es in seiner Regierungserklärung folgendermaßen aus: "Wir sind jetzt schon in der Wirtschafts- und Infrastruktur mit den Niederlanden und den anderen Beneluxländern enger verbunden, als mit den meisten deutschen Bundesländern. Das bedeutet, daß wir in europäischen Dimensionen denken und handeln lernen müssen." Diese Worte sind nicht folgenlos

geblieben. Die Zusammenarbeit mit den Niederlanden ist auf allen nur denkbaren Gebieten fortgesetzt und vertieft worden, und wir haben das Ende noch lange nicht erreicht.

Etwas zugespitzt könnte man sagen: Nicht Deutschland, sondern Nordrhein-Westfalen ist für die Niederlande der wichtigste Nachbar im Osten. Natürlich sind die Niederlande auf vielen Gebieten in Berlin präsent - unsere dortige Botschaft ist der größte diplomatische Außenposten der Niederlande, und wir können, was die Unterkunft betrifft, seit kurzem auf die architektonische Spitzenleistung des bekannten Architekten Rem Koolhaas stolz sein -, aber in vielen Bereichen spielt die Musik für die Niederlande eigentlich im Westen Deutschlands. Dort liegen die großen Handelsinteressen, dort entwickeln sich in raschem Tempo eine neue Wirtschaft und neue Medien. Gütertransport und Logistik stehen hier als verbindende Elemente an erster Stelle. Der Rhein ist sowohl für Rotterdam als auch für das Ruhrgebiet eine Lebensader. Die milliardenschweren Investitionen in Eisenbahnstrecken wie beispielsweise die Betuwe-Linie, in Pipelines und das Straßennetz verdeutlichen, daß diese wirtschaftliche Verflechtung in Zukunft noch enger werden wird.

Dies hängt mit den zu erwartenden Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union zusammen wie auch mit der bevorstehenden Erweiterungsrunde. Hierüber möchte ich gerne etwas ausführlicher sprechen.

In gut vier Monaten wird die Europäische Union um zehn neue Mitglieder erweitert werden, in der überwiegenden Zahl mittel- und osteuropäische Länder. Dieses Ereignis kann man ohne Übertreibung historisch nennen. Historisch, weil noch nie zuvor zu einem einzigen Termin so viele neue Länder der Union beitraten. Historisch auch, weil hiermit - abgesehen von Ländern, die noch ein wenig mehr Zeit benötigen - endlich die Vereinigung des europäischen Kontinents eine Tatsache wird.

Die künstliche Zweiteilung Europas in einen kapitalistischen Westen und einen kommunistischen Osten wird endgültig beendet sein, wenn die Zone des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes, an die wir in Westeuropa schon seit Jahrzehnten gewöhnt sind, auf die Länder Zentral- und Osteuropas ausgeweitet wird.

Für mich persönlich ist dies nicht weniger als die Erfüllung eines Traums, einer lang gehegten Sehnsucht. Die historische Bedeutung dieser Vereinigung des europäischen Kontinents wird in einer Zeit, in der Sicherheit und Prosperität in Europa als Selbstverständlichkeiten hingenommen werden, häufig allzu leicht vergessen. In den Augen mancher Menschen gehört die Euphorie vom Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre (Fall der Berliner Mauer) schon wieder zur grauen Vergangenheit, und es überwiegt vor allem die Unsicherheit über die möglichen Folgen der Erweiterung oder die Angst vor dem Unbekannten. Es ist zu einfach und verführerisch zugleich, in solchen Begriffen zu denken.

Wenn wir uns aber die Zeit nehmen, tiefer in die Problematik einzutauchen, dann wird uns klar, daß Europa für die Völker Zentral- und Osteuropas die Werte symbolisierte, zu denen sie sich seit mehr als einer Generation - der Zeit des Eisernen Vorhanges und des Kalten Krieges - zurücksehnten. Aber die Rückkehr nach Europa war viel mehr als nur ein Symbol für sie: Die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft hat dazu beigetragen, die Entscheidung für pluralistische Demokratie und Marktwirtschaft unumkehrbar zu machen, und sie hat die Völker auf ihrem Reformweg ermutigt.

Der Ausblick auf diesen sicheren Anker war die Voraussetzung für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wohlstandes, der wiederum dazu beiträgt, die Stabilität in der Region zu stützen. Ihr Weg nach Europa war nicht einfach. Der Umwandlungsprozeß hat in ganz Zentral- und Osteuropa zu massiven Veränderungen geführt. Nicht jeder hat in gleichem Maße von den neuen Möglichkeiten profitiert, und die alten Sicherheiten sind verloren gegangen. Folglich lassen sich die wirklichen Kosten der Erweiterung nicht am Budget der 15 EU-Mitgliedsstaaten ablesen. Die weitreichendsten Auswirkungen der Anpassung haben vielmehr die zukünftigen Mitgliedsstaaten schon zu spüren bekommen.

Für die Völker der jetzigen Europäischen Union haben sich Stabilität und Demokratie in Zentral- und Osteuropa jetzt schon ausgezahlt, und zwar nicht nur im Hinblick auf Sicherheit, sondern auch im Hinblick auf Wohlstand, denn das rasche Handelswachstum brachte mehr Möglichkeiten für Unternehmen und Investitionen, es führte zu neuen Arbeitsplätzen und zu einem erhöhten Wachstum für Westeuropa. Ich bin fest davon überzeugt, daß es möglich sein wird, diese Vorteile nach der Erweiterung zu mehren und zu konsolidieren - unter der Voraussetzung, daß die Europäische Union in der Lage ist, sich diesen aktuellen Herausforderungen zu stellen.

Eine dieser Herausforderungen ist es, den Bürgern klare und überzeugende Antworten auf Fragen und Befürchtungen über die Auswirkungen der Erweiterung für ihr tägliches Leben zu geben. Fragen und Befürchtungen, die die persönliche Sicherheit, grenzüberschreitende Kriminalität, illegale Immigration, Verbraucherschutz, und Lebensmittelsicherheit betreffen, aber auch Unsicherheiten mit Blick auf Löhne, soziale Sicherheit, Arbeitsmigration und Arbeitsmöglichkeiten. Einige der aufgeworfenen Fragen betreffen Grundsatzprobleme der europäischen Integration. Wird die Erweiterung der Europäischen Union um zusätzliche Länder zu einem Verlust nationaler Identität führen? Wird es möglich sein, innerhalb der Europäischen Union Entscheidungen zu treffen, wenn so viele Mitglieder daran beteiligt sind? Kann die Erweiterung dazu beitragen, daß Europa in der Welt eine stärkere Stimme bekommt? Alle diese Fragen verdienen, selbst zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wo doch die formalen Entscheidungen hinsichtlich der zukünftigen Erweiterung bereits getroffen worden sind, ernsthafte Antworten. Denn politische Entscheidungen sind die eine Sache, doch eine nachhaltige Unterstützung durch die Öffentlichkeit ist noch wichtiger. Und der Prozeß der Zusammenführung von Gesellschaften und Völkern hat erst begonnen. In gewisser Hinsicht ähnelt er der Fusion von Firmen oder Institutionen: Ob sie erfolgreich war, zeigt sich erst wirklich in der praktischen und täglichen Erprobung durch die arbeitenden Menschen.

Die Erweiterung findet zu einer Zeit statt, in der sich die Europäische Union hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungen, ihres inneren Zusammenhalts und ihrer Rolle nach außen hin vor große Herausforderungen gestellt sieht. Der Weltwirtschaft geht es noch immer nicht gut. Der Wachstumsmotor ist in Europa - zumindest was die derzeitigen Mitglieder betrifft - fast zum Stillstand gekommen, und die Arbeitslosenzahl bleibt hartnäckig hoch. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen angemessene Antworten auf die gegenwärtige Wirtschaftsschwäche finden, sich der Herausforderung durch die fortschreitende Globalisierung und den stärkeren internationalen Wettbewerb stellen und sich zu Gesellschaften wandeln, die auf Wissen basieren und besser auf die radikalen demographischen Veränderungen vorbereitet sind, die in den nächsten Jahrzehnten auf sie zukommen werden. Hierzu sind strukturelle Maßnahmen zur Wirtschafts- und Sozialreform dringend notwendig

Ich mache mir - und ich sage dies, sehr geehrte Damen und Herren, in aller Offenheit - Sorgen um die jetzige Entwicklung der inneren Verhältnisse innerhalb der Europäischen

Union. Die scharfe Konfrontation zwischen den Finanzministern der Eurozone hinsichtlich des Stabilitäts- und Wachstumspaktes hat diese Sorgen keineswegs verringert. Die Staats- und Regierungschefs der EU-25 sollten sich gerade jetzt zur Aufgabe machen, die Basis für ein größeres gegenseitiges Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten zu verstärken, den politischen Willen zeigen, sich bald über eine europäische Verfassung zu einigen und das Endergebnis zu Hause mit voller Überzeugung zu verteidigen.

Auch nach außen braucht die Europäische Union Verstärkung. Anfang dieses Jahres war die Union bei einer gemeinsamen Positionsbestimmung zum Irak-Krieg, der zusammen mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zweifellos die wichtigste außenpolitische Frage der Welt darstellt, überhaupt nicht beteiligt. Ihre Mitglieder waren tief und sichtbar gespalten. Es ist zu hoffen, daß das künftig anders sein wird. Klarer gesagt: Zu einer derartigen Situation darf es nicht noch einmal kommen. Die ökonomische Bedeutung Europas muß durch eine starke politische Stimme und Verantwortung bei weltpolitischen Themen ergänzt werden.

Die fortschreitende Globalisierung führt zu neuen Konkurrenzbeziehungen in der Welt, und auch die technologische Innovation bringt es mit sich, daß die europäischen Länder immer mehr auf der Hut sein müssen, um nicht zu viel Terrain an Drittländer zu verlieren, denen gegenüber man sich bis vor kurzem noch in einer unerschütterlich starken Position glaubte. In dieser Hinsicht befinden wir uns gerade erst in der Anfangsphase von noch fundamentalen Verschiebungen im internationalen wirtschaftlich-technologischen Kräftefeld.

Darüber hinaus werden wir mit den Folgen der Überalterungswelle konfrontiert werden, die auf uns zu kommt: Der Umfang der arbeitenden Bevölkerung wird zurückgehen, wohingegen die Zahl der Menschen im Ruhestand immer mehr zunehmen wird. Dies wird in allen unseren Ländern sowohl eine Schwächung der Basis für die Finanzierung von Renten und Pensionen und anderer Teilbereiche des Versorgungsstaates zur Folge haben, als auch zu einem strukturellen Arbeitsmarkt- und Wachstumsproblem führen.

Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs hat vor einem guten halben Jahr eine "Taskforce Beschäftigung" gegründet, die den Auftrag hatte zu analysieren, wo derzeit die wichtigsten Probleme und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt liegen und welche strukturellen Entwicklungen externer oder interner Art unausweichlich sind. Anschließend sollte sie - unter Berücksichtigung der Erfahrungen, die einzelne Mitgliedsstaaten in früheren Jahren gemacht haben - gegenüber den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Empfehlungen für kurzfristig notwendige und mögliche Reformmaßnahmen aussprechen. Die "Taskforce", deren Vorsitz ich innehaben durfte, bestand aus acht unabhängigen Experten aus verschiedenen Mitgliedsstaaten und hat Ende des vorigen Monats ihren Bericht vorgelegt.

In diesem Bericht werden drei Bereiche unterschieden, auf die die Maßnahmen in erster Linie abzielen sollten: 1) die Stärkung der Fähigkeit von Regierungen, Sozialpartnern Unternehmen und Arbeitnehmern, rechtzeitig auf sich ändernde wirtschaftliche und soziale Bedingungen zu reagieren, 2) Maßnahmen zur besseren Nutzung brachliegenden Arbeitspotentials und 3) Investitionen in *human capital* und *lifelong learning*. Dies ist nicht der Ort und der Augenblick, ausführlich und detailliert auf die einzelnen Empfehlungen der "Taskforce" einzugehen. Es ist klar, daß jeder der Mitgliedsstaaten (ob alt oder neu) noch einen langen Weg zu gehen hat, daß große Dringlichkeit besteht, und daß es keine Rezepte

für den Erfolg gibt. Was es wohl gibt, sind zuweilen gute Vorbilder in Form von andernorts gemachten Erfahrungen, mit denen man sein Glück versuchen kann.

Es sind diese drei großen Herausforderungen - Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik -, die mit der Ausweitung der EU einhergehen. Die Europäische Union muß wieder zu ihrer wirtschaftlichen Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit finden, sie muß effektiv das Vertrauen ihrer Bürger verstärken und ihre politische Rolle in der Welt neu definieren.

Ich möchte hier nicht mißverstanden werden: Diese Probleme sind gewiß nicht durch die EU-Erweiterung verursacht worden. Die bevorstehende Ausweitung wird hoffentlich vielmehr ein Katalysator für ihre Lösung und für einen Sprung nach vorne sein. Das ist von lebenswichtiger Bedeutung für alle Bürger Europas, ungeachtet des Landes und der Größe des Landes, in dem sie leben.

An dieser Stelle möchte ich jetzt auf eine dieser Herausforderungen eingehen, nämlich die Inangriffnahme der heutigen wirtschaftlichen Stagnation und der damit zusammenhängenden viel zu hohen Arbeitslosigkeit. Wie lassen sich zudem Arbeitspartizipation und Arbeitsproduktivität dauerhaft erhöhen? Die Antwort auf die Frage nach dem Gelingen wird in den kommenden Jahrzehnten in hohem Maße unser Wohlstandsniveau sowie Qualität und Quantität unserer öffentlichen Einrichtungen bestimmen. Eines steht allerdings fest: Die Anstrengungen werden sich über mehrere Jahre hinziehen, und die Bereitschaft aller Beteiligten zu Zusammenarbeit, gemeinsamen Beratungen und Dialog wird einer harten Belastungsprobe unterworfen werden. Schließlich ist die Ausgangslage schwierig.

Die Verwirklichung der ambitionierten Ziele, die sich die Europäische Union vor fast vier Jahren in Lissabon gesetzt hat, ist - gelinde gesagt - höchst zweifelhaft geworden. Hierbei handelte es sich um Ziele im Bereich von Wachstum und Produktivität, Konkurrenzfähigkeit, Arbeitsplätzen, Innovation und Dynamik, aber auch um Ziele auf dem Gebiet von Bildung, Forschung und Entwicklung.

Es wäre falsch, die Erklärung für die gegenwärtigen schwachen Wirtschaftsleistungen ausschließlich bei der heutigen Konjunkturflaute zu suchen oder bei dem Mangel an budgetärem Spielraum, so sehr dieser auch die wirtschaftliche Genesung verzögern mag. Nein, die Wirtschaftsstagnation beruht vor allem auf Strukturschwächen, und das macht wiederum strukturelle Antworten erforderlich. Reformen sind auf breiter Front bitter notwendig. Europa ist keine Insel, und genau dies gilt auch für die einzelnen Mitgliedsstaaten der Union, klein und groß.

Für Deutschland gilt, daß die Regierung, unter anderem auf der Grundlage der wertvollen Ratschläge der Hartz-Kommission, inzwischen deutlich auf dem richtigen Weg ist, aber es ist notwendig, den eingeschlagenen Kurs energisch fortzusetzen. Die Reformagenda von Bundeskanzler Schröder trägt nicht umsonst den Namen Agenda 2010. In Deutschland hat in der Vergangenheit zu lange die Vorstellung geherrscht, man verfüge über genügend Kraft, der wachsenden Konkurrenz aus dem Ausland ohne allzu viele Anpassungen die Stirn bieten zu können. In Wirklichkeit erwies sich der "Standort Deutschland" jedoch immer weniger als Fels in der Brandung, vielmehr ging man gebückt unter der schweren finanziellen Last der deutschen Wiedervereinigung. Ich möchte hier nicht mißverstanden werden. Die Wiedervereinigung war ein historisches Ereignis von außerordentlicher Bedeutung - in erster Linie für Deutschland selbst aber auch für Europa als Ganzes. Mit meiner Bemerkung möchte

ich lediglich verdeutlichen, daß die strukturellen Konsequenzen der Wiedervereinigung jahrelang unterschätzt worden sind, vielleicht auch, weil die dringende Notwendigkeit für Reformen noch nicht unmittelbar spürbar war. Indem man zu lange annahm, die Konfrontation mit der harten Wirklichkeit werde schon nicht so schlimm werden oder nur von kurzer Dauer sein, wurde diese schließlich um so schmerzhafter. Um so bemerkenswerter ist daher der hartnäckige Widerstand, den es trotzdem hier und dort immer noch gegen den Reformkurs gibt.

Das Gelingen der bereits begonnenen oder noch durchzuführenden Reformen in Deutschland ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für Europa als Gesamtheit. Dies hängt mit dem großen Gewicht der deutschen Wirtschaft in Europa und der Welt zusammen, aber auch mit der psychologischen Wirkung, die vom Erfolg der Reformen ausgeht. Ob Deutschland sich besonders reformfreudig zeigt oder Reformen dort möglicherweise ganz ausbleiben - beides übt einen unglaublich großen Einfluß auf das übrige Europa aus. Ein Ausbleiben von Reformen wäre fatal. Denn es gibt keine Wahl. Natürlich kann man über konkrete Maßnahmen unterschiedlicher Meinung sein, über ihre Ausgestaltung und Auswirkung und auch über ihre Verteilung und ihre Folgen. Aber einschneidende Reformen sind notwendig. Untätigkeit ist hier keine Option. Wir müssen uns darauf einstellen, daß nur wenig beim alten bleiben kann. Und das gilt für jedes Land, ob klein, ob groß.

Die Welt um uns verändert sich, und mit ihr das ökonomische Kräftefeld, zu dem wir gehören. Es ist vollkommen sinnlos, sich in einen Kampf gegen das Phänomen der Globalisierung als solcher zu begeben. Natürlich kann man Bedenken gegen die ungerechten Folgen haben, die der Prozeß der Globalisierung mit sich bringt. Zu denken ist hier beispielsweise an die Position von weniger entwickelten Ländern, die allzu oft den kürzeren ziehen. Hier sind gewiß Korrekturen angebracht. Dennoch bleibe ich dabei, daß die Aufweichung und in gewissem Sinne sogar das Verschwinden von nationalen Grenzen innerhalb von und zwischen Kontinenten eine nicht zu leugnende Realität ist. Gleiches gilt für die gegenseitige Abhängigkeit der Länder, auch großer Länder, voneinander.

Ich selbst habe sowohl während meiner Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung als auch später in Parlament und Regierung erfahren, wie wichtig es ist, zu begreifen und diese Erkenntnis auch anderen zu vermitteln, daß kein Land es sich ungestraft leisten kann, in nur ungenügendem Umfang Rechenschaft über seine potentielle Verletzlichkeit abzulegen - schon gar nicht, wenn es über eine offene Wirtschaft verfügt und in hohem Maße von anderen Ländern abhängig ist. Die Frage ist nicht so sehr, ob man gezwungen ist, Reformen durchzuführen, sondern eher, wann und wie dies geschieht. Bleibt man zu lange passiv, wird der Anpassungsprozeß um so einschneidender und schmerzhafter sein. Packt man hingegen die Vorbereitung zu notwendigen Reformen rechtzeitig an, besteht die Chance, Zweifeln gegenüber einen Vorsprung zu gewinnen, wodurch mehr Sorgfalt und Zeit auf die Schaffung einer tragfähigen Basis in der Gesellschaft verwendet werden kann.

Besonders die Schaffung dieser Basis war mir in der niederländischen Politik immer sehr wichtig. Hier spielt der Begriff des "Poldermodells" eine große Rolle. Ich möchte allerdings auch nicht übertreiben. Es ist nicht so, und es ist auch nie so gewesen, daß man sich in den Niederlanden in völliger Harmonie und vollkommener Einmütigkeit über die Notwendigkeit, Richtung oder Ausgestaltung von Reformmaßnahmen geeinigt hat oder einigt. Das ist angesichts der unterschiedlichen Verantwortung von Regierung und Opposition, aber auch von Regierung und Sozialpartnern, auch nicht möglich. Es gibt in

unserem Land allerdings eine langjährige Tradition der Beratungen und Konsultationen zwischen allen beteiligten Gruppierungen. Und das ist - zumindest meiner Meinung nach - von besonderer Bedeutung. Ich weiß jedoch, daß es hierzu auch andere, weniger anerkennende Haltungen und Äußerungen gibt, denen zufolge Beratung und Konsultation nur zu unnötigem Zeitverlust oder zu verwässerten Kompromissen führen. Ich sehe das nicht so. Natürlich ist eine Kultur des Sich-Beratens mit derartigen Risiken verbunden. Man muß sie eben erkennen und versuchen, sie soweit wie möglich zu unterdrücken. Gelingt dies, dann birgt diese Methode unschätzbare Vorteile: Sie schafft ein Klima des Vertrauens, in dem die Beteiligten mit ihren unterschiedlichen Interessen und Ansichten bereit sind, einander zuzuhören, in einen Dialog zu treten und sogar eine gewisse gemeinsame Verpflichtung einzugehen; ein Klima, in dem sie bereit sind, eher nach dem zu suchen, was sie verbindet als nach dem was sie trennt, in dem sie nicht die scharfe Polarisierung suchen, sondern Lösungen, die im Interesse der Zukunft des Landes sind.

Das vielbesprochene Abkommen von Wassenaar von 1982 zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wäre ohne eine solche Kultur des Einander-Zuhörens niemals zustande gekommen. Aber dieses Abkommen war gewiß nicht ausschließlich das Ergebnis unserer traditionellen Beratungskultur. Die internationale Rezession fügte unserem Land wirtschaftlich und sozial einen immer größeren Schaden zu. Immer mehr Unternehmen gerieten in die roten Zahlen, mußten Beschäftigte entlassen oder sogar die Tore schließen. Die Zahl der Jugendlichen, die ohne Arbeit und ohne jegliche Aussicht auf einen Job waren, stieg in ungeahnte Höhen. Unsere Produkte waren zu teuer, unsere Löhne zu hoch und unser Exportvolumen geriet unter Druck. Die Staatsfinanzen schienen unbeherrschbar geworden zu sein, und der Bestand unseres Sozialsystems war nicht mehr sicherzustellen.

Ich erinnere mich noch sehr genau. Damals war ich Vorsitzender des FNV, des niederländischen Pendant zum DGB. Immer mehr Menschen waren der Überzeugung, daß es so nicht weitergehen könne. Die gerade angetretene Regierung von Ruud Lubbers, bestehend aus Christdemokraten (*Christendemokratische Appel*, CDA) und Rechtsliberalen (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, VVD), drohte mit einem gesetzlichen Eingriff in Löhne und Sozialleistungen, was uns als Gewerkschaftsbewegung völlig mundtot gemacht hätte. Also ergriffen wir von seiten der Gewerkschaften die Initiative zu einem Spitzengespräch mit den Arbeitgeberverbänden über ein bilaterales Abkommen, in dem sich die Gewerkschaftsbewegung bereit erklärte, einige Jahre lang auf reale Lohnerhöhungen zu verzichten (und für die ersten Jahre sogar mit einem nominalen Einfrieren der Löhne einverstanden zu sein), während sich die Arbeitgeber im Gegenzug dazu verpflichteten, sich mit aller Kraft für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in Unternehmen und Wirtschaftszweigen einzusetzen. Die Schlüsselwörter lauteten Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, mehr Arbeitsplätze und bessere Praktikums- und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche - kurz gesagt: Arbeit vor Einkommen. Das war das Ziel dieses später so bekannt gewordenen Abkommens von Wassenaar aus dem Jahre 1982. Damals wurde es allerdings nicht unbedingt mit Dankbarkeit aufgenommen. Es war vielmehr eine Menge Überzeugungsarbeit notwendig, um hierfür innerhalb der Gewerkschaften eine Basis zu schaffen. Die Arbeitnehmer wußten zwar, was sie geben sollten, nicht aber, was sie dafür bekommen würden, und auch nicht wann. Das ist für sich betrachtet ein verständlicher Vorbehalt, aber es gab keine anderen Wege zu einer strukturellen Neuschaffung von Arbeitsplätzen. Erst Jahre später ist klar geworden, wie wichtig dieses Abkommen für die soziale und ökonomische Entwicklung gewesen ist, die die Niederlande in den neunziger Jahren durchlaufen konnten.

Heißt das nun, daß das Abkommen von Wassenaar auf dem niederländischen Arbeitsmarkt eine Periode von Frieden und Einigkeit eingeläutet hat? Die Antwort hierauf lautet nein. Auch in unserem Land gibt es Arbeitskämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, bei denen es zuweilen hoch hergehen kann. In den achtziger und neunziger Jahren, als ich selbst Finanzminister und später dann Ministerpräsident war, sind die Gewerkschaften gegen Regierungspläne, die ihrer Meinung nach zu weit gingen, manchmal buchstäblich Sturm gelaufen.

Das galt auch für meine eigene Partei, die PvdA. 1991 war ein außerordentlicher Parteikongreß notwendig, um ernsthafte interne Spannungen in den Griff zu bekommen, die infolge der strittigen Pläne zur Revision von Teilen des Sozialsystems entstanden waren. Pläne, die ich aus meiner damaligen Verantwortung sowohl als Finanzminister als auch als Parteichef heraus für unumgänglich hielt. Zwar gelang es mir schließlich, die große Mehrheit meines Parteikongresses nach heißen Debatten hinter mich zu bekommen, aber die Gewerkschaften ließen sich nicht erweichen. Also handelte die Regierung in eigener Verantwortung und erhielt für ihre Vorschläge ausreichend Unterstützung durch das Parlament. Fehlende Übereinstimmung mit den Sozialpartnern war jedoch eine Ausnahme.

Alles in allem hat das Modell der sozial-ökonomischen Beratungen, mit allen eben genannten Charakteristika, den Niederlanden nicht zum Nachteil gereicht. Dies hatte unter anderem zur Folge, daß es in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre eine spektakuläre Zunahme an Arbeitsplätzen gab, die mit einem weit über dem europäischen Durchschnitt liegenden Wirtschaftswachstum einherging.

Basis dafür war eine Gesetzgebung, die die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich erhöhte und gleichzeitig die Rechte und Sicherheiten der Arbeitnehmer schützte. Eine Gesetzgebung, die noch heute im Kreise der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union als vorbildlich gilt, wenn es darum geht, von den *best practices* anderer zu lernen - was natürlich nicht bedeutet, daß sich die Niederlande auf den Erfolgen der Vergangenheit ausruhen können.

In gewissem Sinne sind wir sogar ein wenig das Opfer unseres früheren wirtschaftlichen Erfolges geworden. Um die Jahrtausendwende war die Arbeitslosigkeit nahezu verschwunden, und die Niederlande hatten mit einem ernsthaften Mangel an Arbeitnehmern zu kämpfen. Dies hatte zur Folge, daß nicht nur unsere Inflationsrate, sondern auch die jährlichen Lohnerhöhungen im internationalen Vergleich über den europäischen Durchschnitt stiegen, wodurch unser Vorsprung bei den Lohnkosten gegenüber unseren Nachbarländern rasch zu schwinden begann. Die Wirtschaftsrezession, die Deutschland getroffen hat, ist nunmehr ebenfalls in unserem Land spürbar, was einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit und eine Verschlechterung der Staatsfinanzen zur Folge hat. Damit hat sich der Kreis geschlossen. Auch in den Niederlanden sind wir nun wieder in vollem Umfang mit der Notwendigkeit von Anpassungen innerhalb unseres Versorgungsstaates konfrontiert. Dem tut auch die Tatsache keinen Abbruch, daß sich bei einem objektiven Vergleich zwischen unseren beiden Ländern zeigt, daß die Reformen in Deutschland nicht nur erheblich notwendiger sind als bei uns, sondern auch tiefgreifender ausfallen müssen. Im übrigen ist in den Niederlanden vor einigen Monaten ein neues wichtiges Abkommen zwischen Regierung und Sozialpartnern vereinbart worden.

Alle Länder der Europäischen Union stehen vor der Aufgabe, das Klima für Innovation und das Funktionieren ihres Arbeitsmarktes zu verbessern, ihre Sozialsysteme zu reformieren und so die Grundlage für eine dauerhafte Schaffung von Arbeitsplätzen und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu schaffen. Wir müssen von Vorbildern außerhalb Europas lernen und Bewährtes innerhalb Europas verstärkt in die Praxis umsetzen. Geschieht dies nicht oder zu spät oder unzureichend, werden wir schnell gegenüber konkurrierenden Ländern Boden verlieren, und unsere Bürger werden dafür über kurz oder lang einen hohen Preis bezahlen. Der dann entstehende Rückstand wird nicht so leicht wieder aufzuholen sein. Es ist daher wichtig, dies in all seiner Tragweite zu begreifen und danach zu handeln. Die Zeit drängt, es wird nicht einfach, aber wir haben keine andere Wahl. Sich festklammern an Besitzstanddenken führt uns in eine Sackgasse.

Reformwille ist notwendig, um unsere Volkswirtschaften wieder auf den richtigen Kurs zu bringen und sie dort zu halten, und Reformwille ist auch nötig, um Europa eine gute politische Zukunft zu geben. Die bloße Feststellung, die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union sei von historischer Bedeutung, reicht nicht aus. Die Bürger müssen sich im Europa von morgen zu Hause fühlen, sie müssen sich in ihm wiedererkennen. Europa muß auf der Weltbühne eine Stimme und ein Gesicht bekommen. Nicht als Gegenmacht zu den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern als politische Einheit, die in den internationalen Foren neben den USA und anderen großen Ländern eine wichtige Stimme hat.

Um dies zu erreichen, brauchen wir den politischen Willen, innerhalb der Europäischen Union Kompromisse zu schließen. Es kann nicht jeder immer auf seinem eigenen Standpunkt beharren oder seinen eigenen Willen durchsetzen. Alle Länder, auch die großen, müssen um der gemeinsamen Positionen willen bereit sein zu geben und zu nehmen. Geschieht dies nicht, wird Europa in der Welt unweigerlich an Bedeutung verlieren. Dieser politische Wille ist auch notwendig, um zu verhindern, daß die Europäische Union mit ihren bald 25 - und in einigen Jahren noch mehr - Mitgliedsstaaten ihren inneren Zusammenhalt einbüßt. Es ist immer die Kraft Europas und auch die der vor 45 Jahren gegründeten Europäischen Gemeinschaft gewesen, daß, wenn es darauf ankam, nicht die Größe des Landes, sondern die Qualität des Arguments den Ausschlag gegeben hat.

Es ist mein Herzenswunsch, daß die Europäische Union auch in ihrer größeren und vielgestaltigeren Zusammensetzung weiterhin ausreichenden Zusammenhalt zeigen und die Herausforderung zur Durchführung der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Reformen annehmen wird. Deutschland und die Niederlande können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein gutes Beispiel geben und weiterhin auf den gegenseitigen Respekt bauen, der unsere bilateralen Beziehungen in den vergangenen Jahrzehnten so sehr gekennzeichnet hat. Denn gute Nachbarschaft und gegenseitiges Vertrauen gehören zu den unverzichtbaren Fundamenten für ein wirklich integriertes Europa.

Übersetzung aus dem Niederländischen: Annegret Klinzmann.